Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Bearbeitet von**:** Frau Zaremba 361-4164
Bremen, 26.August 2003

Senator für Bildung und Wissenschaft

Bearbeitet von : Frau Seevers 361-6848/
Herrn Platter 361-6915
Bremen, 26.August 2003

Vorlage

für die 1. Sitzung
der staatlichen Deputation für Arbeit und Gesundheit
am 03.September 2003

und

Vorlage L 6

für die 1.Sitzung
der staatlichen Deputation für Bildung
am 04. September 2003

TOP:

Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt

Bericht über geplante Aktivitäten

A. Problem

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist angespannt. Zum 31.Juli 2003 sah sie nach der offiziellen Statistik der Arbeitsämter Bremen und Bremerhaven wie folgt aus:

	AA Bremen 07/2003	Vorjahr 07/2002	AA Bremerhaven 07/2003	Vorjahr 07/2002
Suchende Jugendliche	**1692** **-11,5 %**	1911	**704** **-13.1 %**	810
Gemeldete Ausbildungsstellen	**4549** **- 3.6 %****	4716	**1049** **-13,1 %**	1.207
Gemeldete Bewerber + Ausbildungsinteressenten	**5100** **-3,5 %**	5284	**2171*** **+9,3 %**	1986
Offene Plätze	**430** **+ 3,4 %**	416	**162** **-17 %**	195

*) Achtung: Die Zahlen sind nicht vergleichbar. Bremerhaven zählt nur die Bewerber, das AA Bremen zählt die Bewerber und die Ausbildungsinteressenten.

Die Zahlen machen deutlich, dass der Ausbildungsmarkt noch in Bewegung ist. Im März 2003 lag der Rückgang bei den gemeldeten Ausbildungsplätzen beim Arbeitsamt Bremen noch bei Minus 6,1 %, dieser negative Trend konnte teilweise gestoppt werden. Da in Bremerhaven die gemeldeten Ausbildungsplätze rückläufig sind und zugleich die Zahl der Bewerber steigt, ist abzusehen, dass die Situation dort schwieriger als in Bremen bleiben wird.

Vor diesem Hintergrund hat die „Projektgruppe Ausbildung“ des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung am 21.08.03 ihre Beratungen fortgesetzt und weitere Maßnahmen beraten. Im folgenden werden die aktuellen Ergebnisse der Bündnisarbeit den staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit sowie für Bildung zur Kenntnis gegeben.

B. Lösung

Die Bündnispartner haben sich verständigt, dass sie bei ihren Planungen nicht nur an die notwendigen kurzfristigen Reaktionen für das jeweilige Ausbildungsjahr denken dürfen, sondern die Maßnahmen auch unter dem Blickwinkel der nächsten Jahre sehen müssen. Bis 2008 ist –unbeschadet der konjunkturellen Entwicklung- davon auszugehen, dass zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen eine Lücke bleiben wird.

Angesichts der erheblichen finanziellen Aufwendungen, die alle Beteiligten, auch die private Wirtschaft selbst, getätigt haben, um zu einem auch nur annähernd ausreichenden Qualifizierungsangebot für ausbildungsplatzsuchende Jugendliche zu kommen, ist es notwendig, dass die Einzelaktivitäten noch stärker aufeinander bezogen werden. In diesem Zusammenhang wurde insbesondere auf die Antwort des Senats vom 18.03.2003 auf die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und SPD „Projekte gegen Jugendarbeitslosigkeit“– Drs. 15/1422 Brem. Bürgerschaft Landtag – verwiesen.

Im Vorfeld der Beratungen der „Projektgruppe Ausbildung“ hatten sich Vertreter der Ressorts Arbeit, Bildung und Wirtschaft – entsprechend der Aufgabenstellung in der Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode- zusammengesetzt, um zu prüfen, wie die vorliegenden Landesinitiativen und -programme zum Themenfeld Ausbildung besser koordiniert und neu konzipiert werden können. Als Anlage 1 ist dieser Vorlage eine Übersicht über aktuelle Programme beigefügt.
In der Beratung der Projektgruppe Ausbildung am 21.08.03 wurde zum einen eine grundsätzliche Verständigung über drei Zielsetzungen herbeigeführt. Parallel dazu wurden auch erste konkrete Maßnahmen verabredet.

<u>Zur Zielsetzung</u>:

„Effizienzsteigerung der Berufsvorbereitung und –orientierung“

In diesem Handlungsfeld, das als erster Baustein in das künftige Landesprogramms eingehen soll, konnten folgende Dinge verabredet we
rden:

- Ziel ist eine optimierte Kooperation der Akteure bis hin zur wechselseitigen Anerkennung bereits vermittelter Inhalte und gezieltere Angebote für die unterschiedlichen Zielgruppen der Jugendlichen.
- Die Initiative des Arbeitsamtes Bremerhaven, aufgrund derer sich alle Träger berufsvorbereitender Maßnahmen kooperativ zusammengeschlossen haben, ist beispielgebend: Die Berufsvorbereitung wird dual organisiert, die Betriebe sind eingebunden. Nach Anforderungen und Voraussetzungen der Teilnehmenden kann eine Vermischung der Qualifizierungsgruppen erfolgen. Übergreifende Module sind vorgesehen.
- Im Oktober wird auf Initiative des Arbeitsamtes Bremen und der Handelskammer Bremen ein Pilotprojekt zur Zertifizierung von Teilqualifikationen im Bereich des Ausbildungsberufs „Fachkraft für Lagerwirtschaft“ beginnen.
- Dieses Pilotvorhaben könnte nach Auskunft der IHK Bremerhaven und des Arbeitsamtes Bremerhaven auch noch in diesem Jahr in Bremerhaven starten.
- Angesichts der schwierigen Ausbildungsplatzsituation in Bremerhaven hat sich die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven bereit erklärt, bereits im Februar 2004 mit einem neuen Ausbildungsjahr/Prüfungsverfahren zu beginnen, damit Absolventen einiger schulischer Grundbildungslehrgänge nahtlos eine betriebliche Ausbildung beginnen können.
- Bei der Akquisition von Ausbildungsplätzen wird die Kooperation der Sozialpartner und die kammerübergreifende Zusammenarbeit an den Standorten Bremen und Bremerhaven ausgebaut.
- Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird von den Bündnispartnern ausdrücklich unterstützt, diesen kooperierenden Ansatz in die Beratungen zur Umsetzung der Bundesinitiative STARregio für Bremen und Bremerhaven einzubringen.

<u>Zur Zielsetzung</u>

„Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens und Stärkung des Zielgruppenansatzes bei den Landesinitiativen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze“

Die Initiativen in der Freien Hansestadt Bremen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze, die mit öffentlichen Mitteln (einschließlich europäischer Fördergelder) finanziert werden,

sind angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage und demographischen Entwicklung eine wichtige Ergänzung der tarifvertraglichen Vereinbarungen der Sozialpartner, wie sie beispielsweise im Bereich der Metall- und chemischen Industrie getroffen worden sind.

Die existierenden Landesprogramme zur Schaffung von Ausbildungsplätzen werden in **einem** Landesprogramm zusammengefasst und vereinfacht. Dabei werden zugleich für Betriebe auch Anreize geschaffen, benachteiligte Jugendliche direkt in die betriebliche Ausbildung zu übernehmen.
Folgende Förderansätze wurden beraten:

- Schaffung von **100** zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen **pro Jahr** durch Förderung von **betrieblichen** Verbundlösungen.
  Hier soll u.a. geprüft werden, ob der erstmalige Zuschuss von 5000 € auf 2500 € gesenkt wird, um eine Vergleichbarkeit der Förderungen von Bremen und anderen Regionen zu gewährleisten . Das Nachweisverfahren soll verschlankt werden, in dem die Bestätigung der Durchführung eines Ausbildungsanteils in dem beteiligten Verbundbetrieb als Nachweis anerkannt wird.
- Schaffung von **70** zusätzlichen **betrieblichen** Ausbildungsplätzen **pro Jahr** für Jugendliche mit **schlechten Startchancen**.
  Die Betriebe bekommen eine einmalige Zuwendung von bis zu 7.730 € für das erste Ausbildungsjahr, weil in diesem Jahr nicht zu erwarten ist, dass die benachteiligten Auszubildenden Erträge erwirtschaften. Die Ertragsberechnung ist vom Bundesinstitut für Berufsbildung vorgenommen worden und wird allgemein anerkannt.
  Die Ausbildungsplätze müssen zusätzlich geschaffen werden.
- Die **einmaligen** Förderungen von Ausbildungsplätzen in Höhe von € 5000 im Rahmen von **Existenzgründung** und **Investitionsförderungen** sollten im neuen Landesprogramm nachrichtlich aufgeführt werden, damit eine einheitliche und überschaubare Information für Betriebe gewährleistet ist. Eine Kumulation mit anderen Landesförderungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen ist -wie bisher- ausgeschlossen.

Zur Zielsetzung

„Gemeinsame Förderung von Modellansätze zur Qualitätssteigerung und Weiterentwicklung der Beruflichen Ausbildung“

Die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze soll auch künftig ergänzt werden um besondere Maßnahmen/ Projekte, die insgesamt die Qualität der beruflichen Ausbildung verbessern. Dazu zählen insbesondere folgende Leitprojekte:

- Entwicklung der Berufsschulen zu regionalen Berufsbildungszentren
- Qualifizierung von Berufsschullehrern

- Verringerung der Abbrecherquoten in der betrieblichen Ausbildung
- Neue Formen von Ausbildungspartnerschaften (z.B. Ausbildungspool, Ausbildungsverbund Bremerhaven, branchenbezogene Partnerschaften in Mechatronik, Wind etc.)
- Unterstützung der überbetrieblichen Ausbildung im Handwerk
- Vernetzung der Ausbildungsberatung und Einbindung der Sozialpartner in zentralen Ausbildungsbüros an den Standorten Bremen und Bremerhaven

C. Finanzielle Auswirkungen

Das geplante Landesprogramm soll zum 01.01.2004 in Kraft treten und ersetzt damit die vorhandenen Programme. Die Abwicklung bereits bewilligter Maßnahmen bleibt davon unberührt. Es hat eine Laufzeit von 3 Jahren, angesichts der Laufzeiten der einzelnen Maßnahmen geht die Wirkung bis ins Jahr 2007. Der Mittelabfluss erfolgt für die neuen Maßnahmen zeitlich verzögert ab 2004- 2007

Die Gesamtfinanzierung erfolgt wie in der Vergangenheit durch das Zusammenwirken unterschiedlicher Mittelgeber. Die dafür notwendige Abstimmung steht unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen der Bremischen Bürgerschaft und Entscheidungen unabhängiger Dritter.

Gleichwohl können und müssen in einem ersten Schritt die zur Umsetzung der o.g. Programme voraussichtlich notwendigen Haushaltsmittel geplant werden, damit ein koordiniertes Vorgehen und sparsamer und optimierter Umgang mit Steuermitteln möglich werden. Die verstärkte Einbindung von privaten Mitteln wird angestrebt.

D. Beteiligungen

Die Vorlage ist mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen abgestimmt.

E. Beschlußvorschlag

1. Die staatlichen Deputationen für Arbeit und Gesundheit sowie für Bildung nehmen den Bericht über die Aktionen, die im Rahmen der Projektgruppe Ausbildung des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung geplant werden, zur Kenntnis.
2. Sie begrüssen die Initiative der zuständigen Ressorts, die Landesförderungen zur Ausbildung zu vereinheitlichen und in einem überschaubaren Programm zusammenzuführen.
3. Sie bitten um eine Berichterstattung, spätestens im Dezember 2003.

Anlage: Übersicht über Zuwendungen in Programmen der Ausbildungsförderung